



Hafen von Kaliningrad, Jegerow

SAREMBO (gr.); A. SCHABUNIN (o. re)



RUSSLAND

## Des Kremls Admiral

Moskau will seine westliche Exklave Kaliningrad, das nördliche Ostpreußen um das frühere Königsberg, wieder enger an sich binden. Um Autonomiebestrebungen in dem Gebiet vorzubeugen, das nicht einmal 600 Kilometer von Berlin entfernt liegt, soll der Gouverneur künftig nicht mehr gewählt, sondern vom Präsidenten eingesetzt werden. Putin-Berater arbeiten an einem Präsidenten-Ukas, der vorsieht, den Kaliningrader Gouverneur in den Rang eines Vizepremiers der Regierung zu erheben. Als aussichtsreichster Kandidat für das neue Amt gilt Wladimir Jegerow, 61, Admiral der russischen Baltischen Flotte. Jegerow vertrat sein

Gebiet jüngst in Danzig bei einer Arbeitskonferenz von Ostsee-Anrainern. Der Militär befürwortet im Gegensatz zum bisherigen Gouverneur Leonid Gorbenko, einem Funktionär aus der Breschnew-Zeit, eine Öffnung des Gebiets gegenüber Westeuropa. Immer wieder lässt Gorbenko in einer von ihm subventionierten Zeitung vor einer vermeintlich drohenden „stillen Okkupation“ durch Deutschland warnen. In der seit 1945 zu Russland gehörenden Beuteprovinz leben 926 000 Menschen, unter ihnen annähernd 10 000 Russlanddeutsche, und es wächst angesichts der wirtschaftlichen Dauerkrise der politische Druck, sich zu öffnen. Derzeit ist das Durchschnittseinkommen im russischen Ostseegebiet anderthalbmal niedriger als im Landesdurchschnitt, die Industrieproduktion sinkt, 45 Prozent der Betriebe zahlen keine Steuern. Jüngere Politiker sehen nur in einer Annäherung an die Europäische Union Chancen, die Situation zu verbessern. So fordert Wladimir Nikitin, Vorsitzender des Ausschusses für Außenbeziehungen im Regionalparlament, eine assoziierte Mitgliedschaft der russischen Exklave in der EU. Ein Gouverneur Jegerow, glauben Kaliningrader Nachwuchspolitiker, könnte sowohl Ängste Moskauer Politiker und örtlicher Militärs vor Separatismus entkräften als auch die wirtschaftliche Öffnung vorantreiben.



Hisbollah-Kämpfer

posten enthalten. Die Antwort der Regierung in Beirut steht zwar noch aus, dürfte aber negativ ausfallen. Mit der Islamistenarmee will sich Beirut nicht anlegen. Denn in den letzten zwei Wochen erhielt die von religiösen Hardlinern in Teheran ausgehaltene Hisbollah größere Mengen Waffen und Munition, vor allem in Iran produzierte Boden-Boden-Raketen. Außerdem sind rund 300 iranische Freischärler mit falschen Pässen über Istanbul auf dem Luftweg in Beirut eingetroffen und zu ihren Hisbollah-Kameraden in den Süden weitergezogen. Die Waffen wurden an der Küste südlich der Hafenstadt Sidon angelandet. Die Hisbollah mied syrisches Territorium, um sich von der auf einen Frieden mit Israel hoffenden Regierung in Damaskus nicht erpressen zu lassen.